

Schweiz überdenkt Neutralität

Sicherheitspolitik. Bundespräsident Ignazio Cassis hat eine Debatte über eine neue Definition der Neutralität angestoßen. Waffenexporte könnten gelockert werden.

VON DUYGU ÖZKAN

Wien/Bern. Ein Bericht geht um in Bern. Zwar noch nicht veröffentlicht, aber in seiner Tragweite durchaus bemerkenswert. Nur wenige Monate nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und nach einer kurzen Verwirrung, ob die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland überhaupt mittragen soll, gab Außenminister und Bundespräsident Ignazio Cassis eine Studie in Auftrag, die eine Neuausrichtung der Neutralität behandeln soll. Der Bundesrat wird sich nun mit dem Bericht des Auswärtigen Departements befassen, der Herbst verspricht intensive Diskussionen. Die Richtung gibt Cassis selbst vor. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos prägte er den Begriff der „kooperativen Neutralität“ und warnte vor einer starren Politik: „Neutralität heißt nicht, abseits zu stehen.“

Ersten Details zufolge sieht Cassis eine stärkere Kooperation mit der EU und Nato vor, die innere Sicherheit des Landes könne schließlich nicht im Alleingang gewährleistet werden. Als zweiter und konkreter Punkt stehen die strikten Regelungen zu den Waffenexporten zur Diskussion, etwa das Wieder-

ausfuhrverbot. Aufgrund dieser Regelung hat Bern unlängst verhindert, dass Deutschland Munition aus Schweizer Produktion an die Ukraine liefern konnte – als Beigabe zu den Gepard-Panzern, die Berlin Kiew geschickt hat. Geht es nach Cassis' Vorstellungen, sollen derartige Lieferungen in Kriegsgebiete über Drittländer in Zukunft möglich sein.

Eigenständige Sanktionen

Doch auch mit der aktuellen Debatte steht die Neutralität per se nicht zur Disposition, vielmehr manövriert sich die Schweiz durch dieses komplexes Konstrukt. Gemäß dem Haager Abkommen 1907 beteiligt sich die Schweiz nicht an Kriegen, völkerrechtlich gesehen ist das die einzige Dimension der Neutralität. Alle anderen Aspekte passt Bern mit seiner Neutralitätspolitik an, doch diese Politik ist in den vergangenen Monaten durchaus an Grenzen gestoßen. Beispiel: Seit den 1990er-Jahren trägt die Alpenrepublik immer wieder Sanktionen mit, etwa von der EU oder den Vereinten Nationen, doch hat sie mit Verweis auf die Neutralität keine eigenständigen Initiativen ergriffen. Im Juli hat der Nationalrat schließlich genau das beschlossen: Eigenständige Sanktionen sollen möglich sein. Ein Schritt, der noch vor einem Jahr unvorstellbar schien.

Beispiel zwei: Die Schweiz erlaubt Nato-Ländern den Überflug über ihr Gebiet nicht, wenn ihre Flieger Waffen an die Ukraine liefern. Nun ist die Nato keine Kriegspartei, unterstützt jedoch Kiew militärisch. Das Überflugsverbot hat daher einen weiteren Diskussionsprozess über die Neutralitätspolitik in Gang gesetzt, selbst die Regierung schien

Mehr zum Thema:

Leitartikel von Iris Bonavida: Wenn schon neutral, dann aus Überzeugung – nicht Gewohnheit **S. 2**

[diepresse.com](https://www.diepresse.com)

sich im Vorfeld nicht einig über das Verbot zu sein. „Die Neutralität ist im alltäglichen Verständnis immer total“, sagt Historiker Sacha Zala zu der Debatte, „neutral ist nach diesem Verständnis jemand, der sich von den Menschen verabschiedet und im Wald lebt.“ Um die „Quadratur des Kreises“ zwischen Neutralität, kollektiver Sicherheit und Sanktionen zu meistern, tendiere die Schweiz dazu, mit zusätzlichen Wörtern vor dem Begriff der Neutralität die Debatte abzufedern. So einigte sich das Land auf die „differenzielle Neutralität“, um 1920 dem Völkerbund beitreten zu können.

Die aktive, differenzielle und nun die kooperative Neutralität – doch worum geht es wirklich? Zala, Leiter der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz, macht eine Scheindebatte aus: Mit der Neutralität werde ein Ersatzdiskurs zu einem Thema geführt, worüber niemand diskutieren wolle, und zwar die Ausrichtung der Außenpolitik. Denn die Schweiz ist mit ihrer Sprach- und Kulturgeschichte ein diverses Land, die Klammer der Neutralität ist identitätsstiftend, neutralisiert potenzielle innere Konflikte. Gleichzeitig hatte dieser Prozess auch eine „Neutralisierung“ der Außenpolitik zur Folge. Doch heute ist die Schweiz international stärker vernetzt und involviert als etwa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, auch da stelle sich die Frage, inwieweit eine „neutralisierte“ Außenpolitik noch machbar sei, so Zala.

Einen entgegengesetzten Weg verfolgt indessen die rechtsnationale SVP. Sie will eine strenge Ausrichtung der Neutralität in der Verfassung verankern.

RECHT

Dem Haager

Abkommen aus dem Jahr 1907 zufolge entzieht sich ein neutraler Staat allen Kriegen, behandelt Kriegsparteien gleich, was Rüstungsexporte betrifft, und stellt sein Territorium nicht für die Kriegsparteien zur Verfügung.